Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 323. Sonnabend den 19. November 1881. 75. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 20. November,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die **nächste Neujahrsmesse** beginnt mit dem 2. Januar 1882 und endigt mit dem 15. Januar 1882. Eine sogenannte Vorwoche, d. h. eine Frist zum Auspacken der Waaren und zur Eröffnung der Meßlocale vor Beginn der eigentlichen Messe hat die Neujahrsmesse nicht.

Leipzig, den 28. October 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

An unserer Realschule II. O. soll zu **Ostern 1882** die mit einem Jahresgehalte von **1850 Mark** dotirte Oberlehrerstelle für den Unterricht in der **englischen** und **französischen** Sprache neu besetzt werden.

Akademisch gebildete Bewerber, welche bereits an einer höheren Schule unterrichtet haben und welche die Facultas für den Unterricht in den oberen Classen besitzen, wollen unter Angabe ihres Bildungsganges und Beifügung ihrer Zeugnisse ihre Gesuche bis zum **15. December** dieses Jahres bei uns einreichen.

Leipzig, am 15. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilisch, Aff.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zu den Schwengelapparaturen und Ergänzungen für das Jahr 1882 erforderlichen Materialien und Steinmetzarbeiten soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Lieferungen und Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Steinmetzarbeiten bei Schleußenbauten im Jahre 1882"

versehen ebendaselbst und zwar
bis zum 26. November d. J., Nachmittags 5 Uhr
abzugeben.

Leipzig, den 10. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zu den Sielzeug-Reparaturen und Ergänzungen für das Jahr 1882 erforderlichen Steinzeugrohre, sowie des Cements, Kalks u. s. w. soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Lieferungen liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Thonrohre, Cement, Kalk rc. für Schleußenreparaturen im Jahre 1882"

versehen ebendaselbst und zwar
bis zum 26. November d. J., Nachmittags 5 Uhr abzugeben.

Leipzig, den 10. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zu den im Jahre 1882 auszuführenden Schleußenreparaturen erforderlichen Quantitäten scharfen Sandes und des zu Auffüllungen nothwendigen Kieses soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Lieferungen liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Sand und Kies zu den Schleußenreparaturen im Jahre 1882"

versehen ebendaselbst und zwar
bis zum 26. November d. J., Nachm. 5 Uhr
abzugeben.

Leipzig, am 10. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Zu den städtischen Schleußenbauten, welche während der Jahre 1882 und 1883 hergestellt werden sollen, sind zusammen circa 3,067,000 Steine II. und III. Classe zu beschaffen und soll deren Fabrikation und Anlieferung an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Probesteine liegen im Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Offerte für Schleußensteine"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 30. November d. J. Nachmittags 5 Uhr abzugeben.

Leipzig, am 16. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Thomasschule.

Anmeldungen von Schülern, welche Ostern 1882 in die Sexta der Thomasschule eintreten sollen, werden Sonnabend, den 19. und Montag, den 21. November von 9 bis 12 Uhr Vorm. im Rectoratszimmer entgegen genommen.

Dr. Jungmann.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Ober-Postdirection lagern die nachbezeichneten **unbestellbaren Postsendungen:**

Einschreibbriefe. Aus **Leipzig:** an Fleischermeister Jahn sen. in Lindenau b. Leipzig vom 18. Mai 1881, an Anton Nager, Allgemeines Krankenhaus in Prag vom 5. Mai 1881, an Dr. Hoffmann, Redacteur der Schles. Zeitung in Breslau vom 7. Mai 1881, an Vincenz Warnik in Wien vom 2. Juni 1881, an Lina Müller bei Hartmann & Uhlmann in Leipzig vom 10. Juni 1881, an Zimmermeister F. A. Schmidt in Lindenau b. Leipzig vom 12. Mai 1881; aus **Chemnitz** an Pastor Kaiser in Dresden vom 8. Juni 1881.

Geldbriefe. Aus **Chemnitz:** an Windmüller Adam in Schönberg b. Waldheim vom 30. Mai 1881 mit 1.00 ℳ. **Briefe mit nicht angegebenem Werthinhalt.** Aus **Leipzig:** an Frau Marie Baumann in Dresden, postlagernd vom 2. Mai 1881, an Druß sg. Meerschaumfabrik in Aussig vom 30. September 1880, an 300 ℳ in Dresden, postlagernd vom 5. März 1881. **Postanweisungen.** Aus **Leipzig:** an Lockmann in Lübeck vom 12. April 1881 über 3.00 ℳ, an Hermann in Dresden vom 31. Januar 1881 über 12.00 ℳ, an das Amtsgericht in Dessau vom 20. Mai 1881 über 4.80 ℳ, an Katharine Schmidt in Wiesbaden vom 19. März 1881 über 5.00 ℳ, an Frl. Wilhelmine Jährig in Neugrund b. Bielewitz vom 1. Juli 1881 über 3.45 ℳ, an Hermann Richter, Herberge z. Heimath in Kalk b. Köln vom 1. Juli 1881 über 5.00 ℳ, an Partheimer in Neubusen b. Bayda vom 29. Juni 1881 über 2.00 ℳ, an Schuster in Murzen vom 28. Juni 1881 über 3.00 ℳ, an Katscher in Leipzig vom 30. Juni 1881 über 11.90 ℳ, an Aug. Angermann in Pirna vom 6. August 1881 über 19.80 ℳ; aus **Annaberg, Sachsen:** an Frl. Minna Dötzscher in Plauen, Vogtl., vom 30. März 1881 über 2.00 ℳ; aus **Chemnitz:** an C. Neuniger in Markranstädt vom 13. Juni 1881 über 3.00 ℳ. **Nachnahmepostanweisungen.** Aus **Leipzig:** an Friedrich in Leipzig vom 11. April 1881 über 3.60 ℳ; aus **Zierlohn:** an R. Neuroth in Leipzig vom 28. Mai 1881 über 1.37 ℳ. **Packete.** Aus **Chemnitz:** an Frau Helene Hartmann in Leipzig, Inselstraße 17, vom 24. Juni 1881; aus **Leipzig:** an Frl. Louise Uhlmann in Berlin, Friedrichstraße 26, vom 12. Juli 1881.

Die unbekannten Eigenthümer resp. Absender der vorbezeichneten Gegenstände werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche an dieselben binnen 4 Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei einer Postanstalt des Ober-Postdirections-Bezirks Leipzig geltend zu machen. Wenn sich nach Ablauf der vorgedachten Frist zur Rückforderung Berechtigte nicht gemeldet, so werden die Geldbeträge, sowie der Erlös für den Inhalt der Packete, der Postunterstützungscasse überwiesen.

Leipzig, den 16. November 1881.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 19. November.

Die Thronrede hat alle Welt überrascht; in ein Wort zusammengefaßt, läßt sich der Eindruck derselben als ein niederschlagender bezeichnen. Fürst Bismarck, der sich mit seinen Anschauungen in voller Uebereinstimmung mit dem Kaiser befindet, giebt keinen seiner Lieblingspläne auf und besonders das Tabaksmonopol und das Unfallgesetz sind Projecte, an denen er mit Zähigkeit festhält.

Diese Botschaft des Kaisers an das deutsche Volk indessen enthält einen hocherfreulichen Punct: den Blick auf unsere auswärtigen Beziehungen. Eingehender als seit langer Zeit äußert sich hier die Reichsregierung über diese Seite ihrer Thätigkeit. Man hat die Empfindung, als ob der Kanzler das Bedürfniß gehabt hätte, gegenüber seinen gescheiterten Bestrebungen auf dem Gebiete der inneren Politik seine Erfolge auf dem großen Welttheater um so nachdrücklicher zu betonen. Ganz Deutschland wird mit aufrichtiger Dankbarkeit von der Friedensaussicht Kenntniß nehmen, welche uns aus diesem berufenen Munde verkündet wird, und gerade die Liberalen werden die unvergänglichen Verdienste unseres großen Staatsmannes um die Erhaltung unserer Weltstellung und die Befestigung des allgemeinen Friedens desto bereitwilliger anerkennen, je geringer ihre Befriedigung über den sonstigen Inhalt der Thronrede sein muß.

Was diesen letzteren betrifft, so charakterisirt er sich dadurch, daß das politische Ergebniß der Neuwahlen einfach ignorirt wird. Wir geben zu, daß dies Ergebniß nicht so schlechtweg als eine Verurtheilung der „Bismarck'schen Wirthschaftspolitik" aufgefaßt werden kann, wie vielfach behauptet wird. Wenn auch die eigentlichen parlamentarischen Träger der Schutzzollpolitik auf dem Kampfplatz geblieben sind, so ist damit noch keineswegs erwiesen, daß nicht auch im heutigen Reichstage noch eine Mehrheit für den Zolltarif von 1879 zu finden wäre. Außerdem ist der Begriff der „Bismarck'schen Wirthschaftspolitik" viel zu unbestimmt, als daß sich von einer genauen Stellungnahme des Reichstages zu derselben im Ganzen reden ließe. Auch daß die Neuwahlen die sociale Reformpolitik des Kanzlers unzweideutig verurtheilt hätten, läßt sich nicht behaupten. Vielmehr haben weitaus die meisten Candidaten sich eine sachliche Prüfung der in dieser Richtung zu erwartenden Gesetzentwürfe vorbehalten.

Das offene Bekenntniß, daß für eine zweckmäßige Lösung der Arbeiterfrage die Thätigkeit des Staates allein nicht ausreicht, die Bezugnahme auf die Mitwirkung corporativer Verbände sticht nicht unwesentlich ab von den rein socialistischen Phantasien, welche in officiösen Zeitungsartikeln eine Zeit lang zu Markte getragen wurden. Was endlich über die Fortführung der „Steuerreform" gesagt wird, hält sich in ganz demselben allgemeinen Rahmen wie die bekannte Denkschrift in der letzten Session. Aber einen sehr handgreiflichen Punct giebt es in dieser langen Auseinandersetzung über die gesammte Bismarck'sche Reformpolitik; und gerade in diesem Puncte setzt sich der Kanzler in dem schroffsten Gegensatz zu dem Ergebniß der Wahlen: wir meinen das Tabaksmonopol. Man darf annehmen, daß durch die rücksichtslose Ankündigung desselben im gegenwärtigen Augenblicke alle Parteien überrascht worden sind. Trotzdem bedauern wir sie nicht, vielmehr freuen wir uns der Klärung, welche auf diese Weise eintritt. Wenn das Tabaksmonopol die Grundbedingung, der Eckstein der Bismarck'schen Reformpolitik ist, so steht von vornherein fest, daß ein fruchtbringendes Zusammengehen zwischen dem Kanzler und dem neuen Reichstage nicht möglich ist.

Bei solcher Sachlage kann es nicht Wunder nehmen, daß auch die Verlängerung der Etatsperiode wieder angekündigt wird, obgleich ihre Verwerfung durch den neuen Reichstag nur noch sicherer ist. Das praktische Ergebniß des Ganzen müßte nach allen Gesetzen der constitutionellen Logik offenbar eine baldige Auflösung sein. Doch ist nicht zu übersehen, daß als Vorbedingung für weitere Beschlußnahmen über die Reformpolitik eine zuverlässige Berufsstatistik der Bevölkerung des Reichs als nothwendig anerkannt wird. Bis diese beschafft ist, wird eine geraume Zeit vergehen. Und mit der Zeit ändert sich ja so Vieles!

Die Officiösen halten nicht hinter Berge und die „Provinzialcorrespondenz" ist bereits mit einem halbofficiellen Commentare zur Thronrede bei der Hand. Der bereits gestern in telegraphischer Kürze berichtete Artikel ist von so großer Bedeutung, daß wir denselben hier wiedergeben:

Die vorstehende Kundgebung giebt den vollen und unzweideutigen Beweis, daß die bisherige Politik des Fürsten Bismarck im Einvernehmen mit dem Kaiser, nicht etwa, wie behauptet worden, als Ausfluß der persönlichen Auffassungen und Ansichten des Kanzlers befolgt worden ist. Den Verdächtigungen gegenüber, welche in dieser Beziehung hervorgetreten haben, entspricht es dem Wunsche des Kaisers, nochmals für diese ganze vielgeschmähte Politik einzutreten. Es wäre an und für sich kaum nöthig gewesen, seine Uebereinstimmung wiederum ausgesprochen, denn jeder der betreffenden Entwürfe konnte ja nur auf Grund kaiserlicher Ermächtigung eingebracht werden. Aber jene Verleumdungen haben, durch welche man das Volk irre zu führen versucht und theilweise wirklich geirrt hat, veranlaßten den Monarchen, noch einmal feierlich zu versichern, daß vornehmlich jene Bestrebungen für das Wohl der Arbeiter ihm selbst als heilige Pflicht erscheinen und daß er auf alle Erfolge, mit denen Gott seine Regierung sichtlich gesegnet habe, mit um so größerer Befriedigung zurückblicken würde, wenn er das Bewußtsein mit sich nehmen könnte, den Hülfsbedürftigen größere Sicherheit und den Beistand, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.

Hier spricht offenbar nicht das Staatsoberhaupt nach kalter constitutioneller Lehre, hier spricht das warme Herz unseres kaiserlichen Herrn, der sein Leben noch für die Aermsten der Bevölkerung verwerthen möchte und diese Aufgabe auch dem neuen Reichstage ans Herz legt. Wenn der Kaiser hiernach für die gekrönten Pläne des Kanzlers auch angesichts der gegenwärtigen Lage mit solcher Entschiedenheit eintritt, so ist für Fürst Bismarck zunächst kein Grund vorhanden, dem Dienste des Vaterlandes zu entsagen. Nach dem Ausfall der Wahlen konnte es vielleicht zweifelhaft erscheinen, ob die Bedingung, von der er stets sein Verbleiben abhängig gemacht, nämlich die volle Zustimmung und der entschiedene Wille des Monarchen, noch in gleicher Kraft vorhanden sei; die jetzige Kundgebung des Kaisers, die unzweifelhaft den vorherigen persönlichen Eröffnungen entspricht, hat in dieser Beziehung keine Unklarheit mehr gelassen.

Es wird sich nun darum handeln, ob sich in dem neuen Reichstage eine Mehrheit findet, welche bereit ist, die weitgreifenden schwierigen Aufgaben, deren Anregung der Kaiser für seine Herrscherpflicht hielt, mit dem Kanzler in Angriff zu nehmen, oder ob Dieser und zugleich wohl der Kaiser, auf dieses letzte schöne Ideal seines Lebens verzichten soll.

Auch diese Kundgebung läßt erkennen, daß der Kanzler vor einem vollständigen Bruche mit den Liberalen nicht zurückschreckt. Warten wir zunächst ab, was uns die ersten Verhandlungen des neuen Parlaments bringen werden.

Dem „Reichs-Anz." zufolge war es bis Donnerstag früh die Absicht Sr. Majestät des Kaisers gewesen, den Reichstag persönlich zu eröffnen, doch hat auf dringenden Rath der Aerzte, in Folge eines am Mittwoch Abend eingetretenen leichten Unwohlseins, Se. Majestät auf die Ausführung der Absicht schließlich verzichtet und durch allerhöchste Ordre den Reichskanzler ermächtigt, die Sitzungen des Reichstages zu eröffnen. Wie weiter aus Berlin gemeldet wird, ist die Form der „kaiserlichen Botschaft" für die Eröffnung einer Legislaturperiode des Reichstags wie des preußischen Landtags bisher gänzlich neu und machte thatsächlich einen überraschenden Eindruck im Reichstage.

Der Namensaufruf im Reichstage ergab am Donnerstag die Anwesenheit von 242 Mitgliedern, also eine reichliche Beschlußfähigkeit in erfreulichem Gegensatz zu den in den jüngsten Sitzungen fast regelmäßig gewordenen Erfahrungen. Die Präsidentenwahl wird am Sonnabend stattfinden. Welches Ergebniß sie haben wird, ist augenblicklich noch nicht zu sagen, da erst in den Fractionen die bezüglichen Berathungen stattfinden werden. An Vorlagen sind bereits der Etat, der Gesetzentwurf, betr. den Zollanschluß von Hamburg, und verschiedene Rechnungsvorlagen eingegangen.

Die Berechnungen über die Stärke der liberalen Gesammtpartei pflegen auch die Mitglieder der süddeutschen Volkspartei mit einzuschließen. Eine liberale Opposition wird freilich in der Regel auch durch diese kleine Gruppe verstärkt werden; aber unter diesem Gesichtspuncte könnte man ebenso gut auch die Socialdemokraten oder die Polen und die elsässischen Protestler mit in Rechnung ziehen. Es könnte der Bildung einer gesammtliberalen Partei, sofern sie nicht lediglich Opposition im Auge hat, Nichts schädlicher und verhängnißvoller werden, als wenn sie nur nach rechts ihre festen Grenzen ziehen, nach links aber sich schrankenlos in den äußersten demokratischen Radicalismus verlaufen wollte. Und nicht nur einen solchen vertritt die süddeutsche Volkspartei, sie hat zugleich niemals einen glühenden Preußenhaß und den ödesten Particularismus verleugnen können. Das Aergerniß und der Spott, womit sich die schwäbischen Demokraten bei der Neugestaltung Deutschlands beladen, sollten nicht so rasch vergessen werden, und es scheint uns wahrhaftig nicht wohlgethan, den Liberalismus durch die Gemeinschaft mit einem Karl Mayer und Sonnemann zu compromittiren.

Am Mittwoch fand bei dem Fürsten Bismarck ein Mittagsmahl statt, zu welchem die Mitglieder des Bundesraths Einladungen erhalten hatten. Wie verlautet, sprach sich der Reichskanzler genau in dem Sinne der in der „Nordd. Allg. Ztg." erschienenen Mittheilung über die künftige Gestaltung der Verhältnisse aus. Den abschwächenden Erklärungen, welche die einzelnen Bundesrathsmitglieder dem Ausfall der Wahlen zu geben versuchten, trat der Reichskanzler mit der Bemerkung entgegen, daß der Erfolg vorliege und er die Dinge nehmen müsse, wie sie liegen, und die Männer, wie er sie bekommen könne. Die Art, wie der Reichskanzler sich aussprach, ließ den Eindruck zurück, daß er das Wahlergebniß sehr ernst nehme, zu einem festen Entschlusse über seine weiteren Schritte aber noch nicht gekommen sei; er betonte namentlich, daß er es müde sei, zum Stichblatt der Angriffe aller Parteien zu dienen. Das Aussehen des Reichskanzlers wird als gesünder und kräftiger als im Frühjahr geschildert, namentlich erschien die Gesichtsfarbe besser; die Corpulenz des Fürsten hat wieder abgenommen.

Die Herren Bebel und Liebknecht veröffentlichen in der „Volkschen Zeitung" eine Erklärung, betreffend die Vorgänge bei den Berliner Stichwahlen und die vor denselben stattgefundenen Verhandlungen der Führer der Conservativen (Wagner, Stöcker, Diestelkamp rc.) mit den Socialdemokraten. Die Socialdemokraten sollten folgende Erklärung unterschreiben:

1) daß sie die arbeiterfreundliche Absicht der deutschen Reichsregierung in ihrer Reformpolitik anerkennen;
2) daß sie ernstlich gewillt sind, gemeinsam mit den social-reformerischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten;
3) daß sie hoffen, nach dem Worte eines unserer Reichstagsabgeordneten durch energische sociale Reformen die Revolution zu überwinden.

Als Preis dafür wurde den Socialdemokraten angeboten: 1) die Führer der Conservativen und Social-Reformer Berlins wollten dafür einwirken, daß ihre Parteigenossen im IV und VI. Berliner Wahlkreis bei der Stichwahl am 12. November für uns stimmten; 2) erboten sie sich, alsdann folgende Gegenerklärung zu unterzeichnen:

„Dagegen erklären wir, daß wir, wenn die deutschen Socialisten auf gesetzlichem Wege, innerhalb der bestehenden Staatsordnung die Reform anstreben, wir für die Aufhebung des Socialistengesetzes im gegebenen Falle stimmen werden."

Mündlich wurde den Socialdemokraten mitgetheilt: Weigerten sie sich, auf diesen Vertrag einzugehen, so würden die erwähnten Führer die Losung ausgeben: Stimmenthaltung, und dann sei die Niederlage der Socialdemokraten zu Berlin gewiß. Die Socialdemokraten haben das Eingehen auf diesen Handel abgelehnt, die Parteigenossen des Herrn Stöcker rc. sich bei der Stichwahl gar nicht betheiligt.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Graf Kalnoky, trifft in den nächsten Tagen in Wien ein. Die Nachricht, daß auch Herr v. Kallay an des Hoflager in Gödöllö berufen sei, war irrthümlich; man hält Kalnoky's Candidatur als Minister des Aeußern für sehr ernst, wenngleich dessen Ernennung noch nicht für ausgemacht gilt. Es heißt, dieselbe sei noch bedingt durch einige Voraussetzungen höchst persönlicher Natur.

Wie der „Post" aus Wien gemeldet wird, glaubt man daselbst, daß Kaiser Franz Josef dem König Humbert noch im Laufe des Winters einen Besuch abstatten werde. In Italien trifft man dazu auch bereits Vorbereitungen. So schreibt die „Gazetta Piemontese" aus Turin:

Unser Bürgermeister hat am 13. November eine Audienz beim König Humbert gehabt. Nachdem er sich mit Sr. Majestät über verschiedene Gegenstände unterhalten hatte, glaubte er mit demselben auch von dem Besuche sprechen zu sollen, welchen Se. Majestät Kaiser Franz Josef gewiß dem König von Italien abstatten wird. Unser Bürgermeister sagte dem König, im Falle, daß dieser Besuch stattfände, werde sich Turin sehr glücklich schätzen, dem Kaiser von Oesterreich Gastfreundschaft zu gewähren und die Zusammenkunft der befreundeten Monarchen in seinen Mauern sich vollziehen zu sehen. Der König dankte dem Bürgermeister lebhaft und erwiderte ihm, daß bis jetzt über diesen Gegenstand noch nichts gesagt oder beschlossen worden sei. Sollte jedoch die Entrevue stattfinden und sich keine anderen Gründe entgegenstellen, so wäre er seinerseits gewillt, den Antrag zu genehmigen und die Wünsche der Bevölkerung von Turin zu erfüllen.

Das italienische Parlament, Senat und Kammer, hat am Donnerstag seine Thätigkeit wieder aufgenommen. Im Senate brachte der Minister Depretis den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend den Crédit foncier, ein. In der Kammer sind mehrere Anfragen und Interpellationen angemeldet, darunter eine von dem Deputirten Ruspoli über die Zwischenfälle bei der Ueberführung der Leiche Pius IX. und eine andere von dem Deputirten Massari behufs Mittheilung der Actenstücke betreffs Tunis und Egyptens, sowie einer Untersuchung über die Niedermetzelung der Expedition unter dem Lieutenant Giulietti. Depretis will bald mittheilen, ob und wann er auf die Interpellation antworten werde. Mancini erklärte, in wenigen Tagen werde das Gründuch mit Documenten in Betreff Egyptens vertheilt werden. Die anderen Documente sollen veröffentlicht werden, wenn die bezüglichen Verhandlungen beendet sind. Alsdann begann die Budgetberathung. — Aus Rom wird noch, und zwar gleichfalls vom Donnerstag, gemeldet: Der König und die Königin sind heute Mittag hier eingetroffen, von den Ministern, den obersten Hofchargen, dem Syndikus und den Spitzen der Behörden am Bahnhofe empfangen. Damen überreichten der Königin einen prachtvollen Blumenstrauß. 18 Gewerkvereine mit ihren Bannern, mehr als 4000 Personen begleiteten den Wagen des Königspaares bis in den Quirinal, wo Letzteres mit dem Kronprinzen auf dem Balcon erschien und für die enthusiastische Kundgebung dankte.

Kaufmännischer Verein.

Den Beginn mehrerer in Aussicht genommenen Vorträge machte Herr Professor Dr. K. Binding durch eine längere Abhandlung über das Thema „Das Problem des freien Willens und die Moralstatistik", ein Thema, welches der gewiegte Rechtsgelehrte in ebenso fesselnder als knapper Form und in rhetorisch glänzender Weise auszuführen wußte.

Der Quell, aus dessen Wassern und Wellen die ganze Menschgeschichte besteht, ist der Wille.

Die allerdings großartigen wissenschaftlichen Entdeckungen und Erfindungen unseres Jahrhunderts — so ungefähr sprach der Redner — haben nicht wie zu starker Wein auf den Menschen gewirkt. Der Wunsch des Faust'schen Homulus „Zwar weiß ich viel, doch möcht' ich Alles wissen", hat sich vielfach umgekehrt in die noch naivere Zuversicht, daß man Alles wisse, und diese Zuversicht äußert sich in unpraktischen Antworten auf alle, auch die tiefsten Fragen und in Mitleiden gegen Die, welche noch ehrfurchtsvoll stehen vor den alten Weisträthseln und zaghaft an ihrer völligen Lösung verzweifeln. Eine dieser alten Fragen ist es, die ein Mann des Rechtes Ihnen wieder einmal nahe legen möchte, nicht in dem vermessenen Glauben, sie zu lösen, aber überzeugt, beweisen zu können, daß sie theoretisch nicht gelöst sei.

„Freiheit des Willens", so bezeichnet man ein Attribut des Menschen, welches wir Alle praktisch anerkennen, wenn wir auch Alle wissen, daß, wenn es besteht, es immer für unseren Verstand unbegreiflich sein wird. Seine Annahme ist ein nicht voll beweisbarer Satz, ist eine Hypothese, und neuerdings gilt es als ein Zeichen starken Geistes, diese Hypothese bei Seite zu werfen, weil sie wissenschaftlich längst widerlegt sei. Dieser mit der größten Sicherheit ausgesprochene Bannfluch entbehrt nicht des Eindrucks auf weite Kreise hinaus, regt Zweifel an und verstärkt ihn, indem er aus dem Kreise der streng wissenschaftlichen Forschung in die auf drastische Wirkung abzielende populäre Literatur übergeht und dort genährt wird. Der Streit über die Willensfreiheit ist ein Streit über die Quelle menschlicher Handlungen und läßt sich auf eine sehr einfache Form zurückführen. Wer der

SLUB
Wir führen Wissen.